

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Berlag und Redaktion: Ketzberg, Windmühlstraße 14/16.
Anzeigen- und Abonnementsannahme für Leipzig:
Kendzsch, Stötterstraße 4.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Abonnementspreis monatlich 1,50 M.
Anzeigenpreis: die 7 gespaltene Nonpareille-Zeile 75 Pf.,
kleine Anzeigen Neberrichtungszeile 90 Pf., jede weitere Zeile 15 Pf.

Mus Eberts Geheimkammer.

Märker über Sachsen!

Die Reichs-Regierung veröffentlicht folgendes Dekret:

„Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit wird hiermit über das Gebiet des freistaates Sachsen der Belagerungszustand verhängt. Mit der Durchführung der sich hieraus ergebenden Maßnahmen wird die sächsische Regierung beauftragt.“

Berlin, den 23. April 1919.

Der Reichspräsident.

(gez.) Ebert

(gegenges.) Scheidemann

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ fügt dem Dekret folgenden Kommentar hinzu:

„Der Belagerungszustand bestand schon bisher in Sachsen nach der Verfügung der sächsischen Regierung, war aber vom Leipziger R. und S.-Rat nicht anerkannt worden. Nunmehr stellt sich die Reichsregierung mit ihrer ganzen Machtmittel hinter die sächsische Regierung, was jenen Eindruck auf die aufstrebenden Radikalen nicht verschonen dürfte.“

Die Grundauer und Kirchhoff, im Gefühl ihrer Ohnmacht, haben die Reichsregierung gegen das revolutionäre Proletariat Sachsens angerufen. Und Noske rüflet. Die das „Leipziger Tageblatt“ meldet, ist General Märker anzusehen, das revolutionäre Sachsen zu bändigen.

Leipzig hat der „Roten Fahne“ ein Aui. Leipzig erklärte den Belagerungszustand für null und nichtig. Darum muß Leipzig, darum muß Sachsen mit Minenwerfern und Maschinengewehren niedergeworfen werden. Darum wird ihm der Handschuh hingeworfen.

Das Proletariat Sachsens muß sich klar machen, daß es jetzt die äußerste Energie anwenden muß, um der Gefahr die Spitze zu bieten.

Das wuchtigste Kampfmittel, über das das Proletariat verfügt, ist seine wirtschaftliche Kraft. Sie muß rücksichtslos angewandt werden.

Sachsen steht nicht allein in seinem Kampf. In ganz Deutschland schwillt die Empörung des Proletariats über das Scheidemannregiment. In ganz Deutschland schwillt der Ruf nach der Räterepublik immer stärker an.

Aus fliegenden wurden gestern von der Regierung Flugblätter abgeworfen, die sich gegen Schöningh und Diez, die früheren Beauftragten des Ministeriums für Militärwesen wenden.

Das Leipziger Proletariat läßt sich durch solche Manöver nicht beirren. Es wird die Männer zu finden wissen, die kühn und entschlossen den Kampf führen.

Proletariat Sachsens, auf die Schanzen, seid bereit, seid gerüstet!

Vom Kriegsjahnpiaz in Bayern.

Schlachtbericht.

Sinttaart, 24. April. (W. L. B. — Amtlich.) Ueber die Tätigkeit der württembergischen Truppen in Bayern teilt der Kriegsminister mit: Dem tatkräftigen Eingreifen der württembergischen Truppen unter Führung von General Haas ist es gelungen, Augsburg und Umgebung zeitlich in die Hand der bayerischen Staatsregierung zu bringen und die Unterwerfung der Spartakisten durchzuführen.

Verluste der Württemberger: 1 Mann tot, 13 verwundet. Verluste der Bayern: 2 Führer verwundet; Mannschaften gefallen 6, verwundet 22, vermisst 118. Bei den Spartakisten sind 40 Mann gefangen: Gefallen 22, verwundet 15. Die Zahl der eingebrachten Gefangenen ist erheblich. Die Stimmung und

haltung der württembergischen Truppen ist ausgezeichnet. Die Württemberger wurden bei ihrem Einzug in Augsburg lebhaft begrüßt und ihre vorzügliche militärische Haltung besonders anerkannt. Die Hauptkräfte des Gegners sind bei München versammelt. Seine Sicherungstruppen stehen an der Umver in Pinte Kimmertsee-Dachau-Gebiet. In der Württemberg werden Feldbesetzungen angelegt.

Spartakisten im Vormarsch.

Berlin, 24. April. (W. L. B.) Den „Augsburger Neuesten Nachrichten“ zufolge haben Münchner Spartakisten die Unteroffizierschule in Fürstentumstraße besetzt. Kommunistentruppen befinden sich im Anmarsch nach Augsburg. Der Gemeinde Rat Wibling wurde von den Spartakisten eine Kontribution von 50 000 Mark auferlegt.

Streikabbruch.

Augsburg, 24. April. (W. L. B.) Die Arbeit in den Fabriken ist heute in vollem Umfange wieder aufgenommen worden, die Straßenbahnen sind wieder in Betrieb. Im Telephonverkehr ist am heutigen Nachmittag der Ortsverkehr wieder uneingeschränkt zugelassen worden.

Vom Ruhrstreik.

Essen, 24. April. (W. L. B.) In der heutigen Mittagsstunde hat sich die Zahl der Streikenden um etwa 9100 vermindert. Ein erheblicher Rückgang war in drei Eisenwerkern zu verzeichnen. 122 Schachtanlagen waren heute im Vollbetriebe, das ist mehr als die Hälfte der Schachtanlagen des Ruhrbergbaues.

Militär und Polizei gegen den Hunger.

Sindenburg, 24. April. (W. L. B.) Wie der „Ober-schlesische Wanderer“ meldet, sammelte sich am Donnerstagmorgen in den Hauptstraßen Sindenburgs eine große Menschenmenge an, meistens aus Frauen aus den benachbarten Dörfern bestehend, und versuchte in zwei Konfektionsgeschäfte einzudringen und zu plündern, oder nach bekannter Methode die Waren zum Friedenspreise zu kaufen. Bis 5 Uhr nachmittags konnte die Ruhe aufrechterhalten werden. Da sich um diese Zeit wieder eine aus etwa 3000 Personen bestehende Menschenmenge eingefunden hatte, die eine drohende Haltung einnahm, war das Militär gezwungen, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Bei der Säuberung der Straßen wurde in der Schulstraße ein Knabe durch einen Kopfschuß getötet.

Hamburg, 24. April. (W. L. B.) In der vergangenen Nacht wurden durch 2000 Mann Volkswehrtruppen etwa 35 Straßenzüge St. Paulis abgesperrt. Die Truppen wurden durch 200 Kriminalbeamte wirkungsvoll unterstützt. Bis 9 1/2 Uhr vormittags waren über 100 Personen wegen unbesetzten Kaffeetragens, Aufreißung Diebstahls, Schleichabreisens u. s. w. festgenommen. Bedeutende Mengen Gewehre, Revolver, Munition, Stief- und Stiefwaffen wurden aus den Häusern herausgeholt. Die Durchführung wird im Laufe der nächsten Tage fortgesetzt. Es sind umfangreiche Maßnahmen getroffen, um den Freiheiten der Gefangenen und die Lebensmittelversorgung zu sichern. Die Vorbereitungen sind derart, daß eine Wiederholung der Vorkommnisse der letzten Tage ausgeschlossen ist. Die Sicherheit im Hafen wird durch den Kommandanten der Groß-Hamburg unterstellten Torpedobootsflottille gewährleistet.

Krieg gegen — Gefangene.

Parsim, 24. April. (W. L. B.) Im Gefangenenlager merketen vormittags die russischen Kriegsgefangenen, die sich den Anordnungen der Lagerbehörde widersetzen und wobei durch das deutsche Personal noch durch das russische Justizministerium zur Verhaftung gebracht werden konnten. Als einzelne Mitarbeiter zu Tätlichkeiten übergingen, eröffnete die angerückte Bewachungstruppe das Feuer. Sechs Russen wurden erschossen, sieben verwundet, darunter neun schwer. Die Ruhe war nach kurzer Zeit wieder hergestellt.

Die Gegenätze im Vierverband.

Bern, 24. April. (W. L. B.) Der Pariser Berichterstatter des Berner Bund drachtet über die Vorgeschichte des Bruchs Italiens mit seinen bisherigen Verbündeten: Alle Italiener einschließlich Sonninos sind geneigt, einer Revision des Londoner Vertrages von 1915 zuzustimmen, unter der Bedingung, daß Italien seine Forderungen erfüllt, das nach dem genannten Vertrag nicht an Italien fallen sollte. Wilson, der ursprünglich Forderungen als freie Stadt erklären wollte, ist jetzt sogar dafür, daß Fiume den Südschanden überlassen wird.

Darß, 24. April. (W. L. B.) Novas Orlando äußerte sich einem Pressevertreter gegenüber folgendermaßen: Sie werden gewiss verstehen, daß ich in einem so ernsten Augenblicke Zurückhaltung bewahren muß. Die Erklärung Wilsons erfolgte un-erwartet in dem Augenblicke, als wir einen Beschlußsvertrag unterzeichnen wollten. Wir konnten nur den Entschluß fassen, auf die weitere Teilnahme an der Friedenskonferenz zu verzichten. Orlando sagte, er werde seinen Standpunkt in einer Note vertreten, die am Donnerstag der Öffentlichkeit zugehen soll.

Ein Selbstporträt der Scheidemannregierung.

Ein günstiger Wind weht uns einiges Material zu, aus dem die Nation ein Bild der Scheidemannregierung von innen gesehen erhält. Es sind teils Selbstporträts der Regierung, teils Charakteristiken der Regierung durch die Präzisionen der Weimarer Nationalversammlung, die ihrerseits wieder die geistige Verfassung des Bürgertums offenbaren.

Das Material stammt von Ende März. Nur einen Teil des Materials, soweit es für unsere Zweck von Bedeutung ist, drucken wir ab:

I.

Die jetzige Regierung.

Aus Unterredungen mit Abgeordneten der verschiedenen Parteien ergibt sich augenblicklich folgendes Bild der politischen Lage: Der Standhaftigkeit der jetzigen Regierung traut man allgemein nicht allzuviel zu. Optimistische und pessimistische Ur-schätzungen wechseln allerdings. Wie aber selbst in parlamentarischen Kreisen, also unter unterrichteten Persönlichkeiten gerichtet wird, mag daraus zu ersehen sein, daß unter den Abgeordneten der Deutschen und der deutschnationalen Volkspartei Wetten dahin abgeschlossen sind, daß die Nationalversammlung nicht wieder zusammentrete. Wenn man das Urteil darüber wieder-gehen sollte, wie der Ansicht sich gestaltet, so dürfte dieses Urteil sehr pessimistisch sein. Es herrscht eine allgemeine Unzufriedenheit, die wohl als Erklärung zu bezeichnen wäre. Dazu kommt, daß die Kommissionsberatungen im allgemeinen träge vorwärtsgehen. Ueber den Arbeitsplan der Nationalversammlung läßt sich ein Bild überhaupt noch nicht geben. Jedenfalls ist es sicher, daß man bis Pfingsten nicht fertig wird, und daß nicht nur ein Sommer, sondern auch eine Herbsttagung kommen wird.

Innerhalb der Regierung sind die Meinungen sehr groß. Niemand weiß eigentlich, welcher Kurs getrieben werden soll. Die Regierung läßt sich — und das ist nicht nur bedauerlich, sondern für die Entwicklung der Dinge geradezu gefährlich — von einem Punkte zum andern drängen. Namentlich Scheidemann gibt dem Druck der Lage ein „Prinzip“ nach dem andern auf. Während er von Anfang an auf dem Standpunkt stand, daß nur durch die Volkswertreter parlamentarische und gesetz-gewerbliche Arbeit geleistet werden könne, hat er heute schon eine Schwermut dahin vollzogen, daß er der Volkswertreter der Arbeiterräte sich nicht mehr entzieht. Während er diesen anfäng-lich nur wirtschaftliche Befugnisse zusprechen wollte, ist man heute schon so weit, daß man sagen kann, die jetzige Regierung wird auch die Geltendmachung politischer Machtansprüche durch die Arbeiterräte schieben. Scheidemann wehrte sich bisher mit Händen und Füßen gegen die „Verankerung“ der Arbeiterräte in der Ver-fassung. Seit dem letzten Generalkongress aber gibt er auch hierin nach. Wie ich höre, soll hinsichtlich der Arbeiterräte folgendes beabsichtigt sein: Die Regierung will Arbeiterräte bilden, die nicht nur Handarbeiter, sondern auch Kopfarbeiter, Angestellte, Beamte usw. erfassen soll. Es muß aber sehr fraglich bezeichnet werden, ob die radikalen Kreise eine solche Zusammensetzung billigen würden, da sie ja die Diktatur des Proletariats anstreben. In der Hauptsache soll nach dem Plane der Regierung diese Arbeiterräte-Organisation allerdings wirtschaftliche Befugnisse haben. Ihre politische Anerkennung soll aber dadurch zum Ausdruck kommen, daß der zu schaffende Reichsarbeitsrat in gesetzgeberischen Angelegenheiten ein Initiativrecht hätte, er könnte also von sich aus Gesetze vorschlagen und zwar nicht nur über Angelegenheiten der Berufsorganisationen, sondern auch über alle politischen und wirtschaftlichen Dinge. Das wäre eine ungeheure politische Machtstufe. Von da bis zum Veto-Recht bis zur Verhängung und zum Einspruch wäre nur ein Schritt. Es ist anzunehmen, daß gegenwärtig hinter den Kulissen heftige Kämpfe über alle diese Fragen sich entspinnen.

II.

Die Unanwendbarkeit des Volksweltwissens.

Es dürfte interessant sein, ein Urteil einer führenden Persön-lichkeit des deutschen Wirtschaftslebens, eines Mitgliedes der Nationalversammlung, der als Leiter größter deutscher Indu-striekonzernungen etwa 100 000 Arbeitern vorsteht, über die künftige Entwicklung der Lage zu hören. Er meinte das folgende (vertraulich): „Es ist kein Ausweg mehr zu sehen, wie wir dem Chaos entrinnen können. Es muß leider damit gerechnet werden, daß es noch zu schlimmeren Zuständen kommt, als wir sie jetzt schon im Wirtschaftsleben haben. Wir werden durch die rote Flut durcheinander. Wir können jetzt nur eines tun: jetzt schon dafür sorgen, daß uns die Wellen nicht verschlingen. Wir treffen daher jetzt schon alle Vorkehrungen, um nach dem Zusammenbruch wieder aufbauen zu können. Die großen Werke der Eisen- und Stahlindustrie haben jetzt schon monatlich ein Defizit von 7 bis 9 Millionen Mark. Die größten Werke haben heute keinen Kredit mehr. Die Besserung der Dinge kann nur daher kommen, daß die Arbeiter den Massenstandpunkt aufgeben und daß der Wirtschaftsfriede proklamiert wird. Bis das aber erreicht ist, muß erst die radikale Flut überwunden sein. Erst wenn die Arbeiter am eigenen Peiße spüren, wie notwendig die jetzt pro-duzierten Ideen in der Praxis wirken, erst dann ist der Boden

reiß für weitere wirtschaftliche Arbeit. — In fast allen Kreisen hat man — und das ist das Wichtigste an der Lage — gemüßigt sich schon abgefunden mit der Möglichkeit einer bescheidenen Ueberrennung. Man spricht von einer solchen Entzweiung als von etwas Unausweichlichem. Der Gedanke, daß alles, was jetzt getan wird, doch eigentlich nur problematische Wert habe, ist im Wesentlichen ausschlaggebend für die jetzige Lähmung und Stimmungslosigkeit im politischen Leben. Auch innerhalb der Regierung weilt und hält man sich nicht mehr für sicher. Die Ereignisse in Ungarn haben ohne Zweifel empfindlich überlastet.

In den letzten Tagen sind von Oesterreich sehr beunruhigende Nachrichten in Berlin und Weimar eingelaufen. Oesterreichische maßgebende Persönlichkeiten haben uns wissen lassen, daß sie die Dinge für äußerst bedrohlich ansehen. Eine große Gefahr liegt in Böhmen. Von da bis nach Bayern ist nur ein kurzer Weg. Man fürchtet, daß bei den augenblicklichen politischen Zuständen in Bayern dieses Land gegenüber den, was von Ungarn kommt, aufnahmefähig sein wird. Dann wäre aber auch das Reich verloren. Gewiß weiß man, daß nur eine ganz verschwindende Minderheit Träger des böhmerischen Gedankens ist, aber die Erfahrung hat auch gelehrt, daß fünf Prozent von politischem Irrsinn ergriffener Menschen die übrigen fünfundsiebzig Prozent schlankwegs zu beherrschen vermögen, und darin liegt die furchtbare Gefahr, daß wir sozusagen willenlos den Ereignissen hin und her unterworfen werden. Mit großer Sorge wird die Rückwirkung der ungarischen Ereignisse auf unsere inneren Verhältnisse seitens der Reichsleitung beobachtet. Die Unabhängigen und Spartalisten haben seit dem letzten Samstag entschieden Oberwasser bekommen. Zum 25. sollte ein Generalstreik von neuem in Szene gesetzt werden, man unterließ es aber unter dem Eindruck der Moskeler Gesandtschaften. Als aber Ungarns Ereignisse bekannt wurden, haben die Zentralen der Unabhängigen und Kommunisten in Berlin ihre Tätigkeit mit einer geradezu ungläublichen Intensität wieder aufgenommen. Auch im Reichskabinett rechnet man für absehbare Zeit mit einer neuen Generalstreikbewegung. Man fürchtet, daß sie diesmal nicht lokal bleiben, sondern in einer Reihe von wichtigen Industriezentren des Reiches mit einem Schläge ausbrechen wird. Das Vertrauen darauf, daß die sozialdemokratische Regierung einem neuen Sturm weichen wird, ist nicht allzu groß. Einfuhrliche deutsche Persönlichkeiten haben direkt und indirekt unsere Gegner auf die Gefahr, die im Anzuge ist, aufmerksam gemacht, und auch die Regierung sucht mit allen Mitteln eine Beschränkung der Friedensverhandlungen zu erzielen. Ein rascher Friedensschluß wäre allerdings das einzige Mittel, um uns vor dem letzten und schlimmsten Bewahren zu retten. — Das oben Gesagte ist nur zur Information, soweit Gesichtspunkte öffentlich verhandelt werden dürfen, werde ich das in meinen Arbeiten gern unternehmen. Es dürfte sich freilich nicht empfehlen, allzuviel von diesen Dingen öffentlich zu reden. Aber die Unterrichtung der Schriftleitung über das, was vorliegt, halte ich für unbedingt notwendig, und dieser journalistischen Pflicht will ich hiermit nachkommen.

III.

Presse, Nationalversammlung und Spartakus.

Die Regierung sieht sich mit jedem Tage mehr in eine immer kritischer Situation gedrängt. Man hatte daher in Kreisen der Reichsleitung den Wunsch, die Presse über die Schwierigkeiten aufzuklären. Vor einem ganz engen Zirkel äußerte sich ein Reichsminister zur Lage wie folgt: (Ich bemerke ausdrücklich, daß auch die Tatsache dieser Besprechung unbedingt geheim gehalten werden muß.) „Die Kritik an der Nationalversammlung und an der Arbeit der Regierung berühren die Kabinettsmitglieder um so empfindlicher, weil sie vom frühen Morgen bis in die tiefe Nacht ständig an der Arbeit seien, um dem Volkswohl zu dienen. Das Parlament sei nicht eine Akademie für schöne Reden, sondern ein „clearing house“ politischer Interessen zum Ausgleich der Interessengegensätze. Die Arbeit des Parlaments finde ihren Niederschlag in den Gesetzen, die dem Fortschritt öffentlichen Einrichtungen im Sinne höherer Zweckmäßigkeit dienen. Der Journalist sei ein König für sich allein. Das Parlament aber sei auf die Zusammenarbeit angewiesen. Die Kritik an der Arbeit der Nationalversammlung gehe viel zu weit. Das in Weimar Geschehene ging über das Maß der Erwartungen hinaus. Wenn man bedenke, daß zu drei Vierteln parlamentarische Neulinge versammelt seien, die doch mehr oder minder der Meinung seien, daß mit ihnen ein neues Zeitalter heraussteige, müsse man geradezu staunen, daß in acht Tagen diese neue Maschine aufmontiert war, daß die Verhandlungen in den Parteien geschäftige Fraktionen zu Wege brachten und daß das ganze Zusammenarbeiten innerhalb der Parteien sichergestellt wurde. Innerhalb weniger Tage habe man doch in das ungeheure Chaos Ordnung gebracht. Fast jeden Tag sei ein neues Gesetz zustande gekommen, und vor allem seien in der Zeit des Aufbaues Sachgeheime notwendig. Die Arbeit im Staatenausbau habe unter ungeheuren Schwierigkeiten dennoch vollzogen werden können. Die große Aussprache über das Gewerbe, über die Waffenstillstandsbedingungen, über Polen, über die Ernährung, über die Streiks und die Putsche sei doch immer glatt durchgeführt worden. Während dieser Zeit sei fortwährend von außen her die Arbeit gehindert worden. Das Kabinett habe oft von früh morgens bis spät abends zusammengekommen mit dem Gedanken, was wird morgen geschehen? Querschnitt der Aufrührer in Bremen, seine Unterdrückung ist gelungen, dann kam das Ruhrgebiet, Truppen waren nicht da, aber auch da ist es gelungen, Ruhe zu schaffen. Dann kamen die Bewegungen in Mittelschlesien, wodurch die Nationalversammlung blüdiert wurde, demnächst erfolgte die Erctanisse in München, dann der sehr gefährliche Generalstreik in Berlin. — Die Stimmung müsse angesichts der jetzigen bedrohlichen Lage unbedingt einseitig ergriffen werden. Das große politische Ziel darf nicht aus den Augen gelassen werden. Es habe nun den Anschein, als wenn es dieser Einseitigkeit gerade in der Presse mangle. Das ist bedauerlich, weil eine Regierung ohne geschlossene Presse, die sie stützt, auf die Dauer nicht bestehen kann. Die sozialdemokratische Presse sei immer noch eingestellt auf Opposition. Es falle ihr schwer, mit dem Bewußtsein der Regierung etwas anderes zu verbinden, als eine Abperschiff, die man angreifen müsse. Die Zentrumspresse müsse man dagegen geradezu loben. Sie sei am besten eingestellt, sie fühle sich mit eingegliedert durch ihre Vertreter in der Regierung, und das sei auch und erforderlich. Demgemäß stimme die Zentrumspresse treffend ihre Politik ab. Die demokratische Presse bestrebe als Einheit gar nicht. Sie stütze sich auf einzelne Persönlichkeiten, das Subjektive sei das charakteristische Moment. Jedes Blatt habe eine andere Richtung. Die Gesamtwirkung auf die Massen muß daher durchaus zerstückelt, verflüchtend und zersplitternd sein. Am besten arbeite politisch die Presse von rechts. Sie habe eine einheitliche Linie. Heute komme es darauf an, mit weniger Geist, aber mit mehr politischem Verstand in der Presse zu wirken. Den Ministern wurde von Pressevertretern die Frage vorgelegt, was die Regierung eigentlich wolle, und wie sie die gegenwärtige Situation ansehe. Auf den Vorhalt, daß man ja auch noch nichts gehört habe über die Friedenspolitik der Reichsregierung, wird von einem Reichsminister geantwortet, daß die auswärtige Politik eben ein Spiel mit Gegenspieler sei, bei welchem es verschiedene Möglichkeiten gibt. Die Interessen des Landes wägen sich. Man könne sich nicht von vorn herein festlegen. Die Regierung sehe unbedingt auf dem Programm der 14 Punkte Wilsons. Das sei die feste Position und das Ziel, daß in seinen Reminiscenzen noch für Jahrhunderte wirke. Die Frage, ob West- oder Ostorientierung besser sei, könne nicht entschieden werden. Eine Verständigung mit Frankreich sei unmöglich. Frankreich habe seine politischen Ziele immer weiter eingeklärt. Gerade die Verhältnisse im besetzten Gebiet zeigen, daß von

französischem Wohlwollen keine Rede sein kann. Bezüglich Ujass-Vorbringen haben wir uns bereit erklärt, das Unrecht wieder gutzumachen. Wir verlangen eine Abstimung, die aber nicht zu unseren Gunsten ausfallen wird. Das Verhalten der Franzosen aber in Ujass-Vorbringen, wonach Tausende ohne Habilitäten aus dem Lande gejagt wurden, war doch nicht notwendig. Was hat Deutschland Frankreich während der Waffenstillstandsbedingungen denn getan? Diese Uebersetzungen werden verständlich, wenn man hört, daß der Einwand erhoben wurde, daß Frankreich wohl deshalb so scharf gegen Deutschland vorgehe, weil es glaubte, Deutschland werde ein geflügeltes Werkzeug Englands im späteren Kampfe gegen Frankreich. Von anderer Regierungsseite wird bemerkt, daß die Verhandlungen mit den Franzosen sich immer ungemein schwierig gestaltet hätten. Der französische Finanzkommissar Martin habe erklärt, solange in Deutschland noch die Leute gut gekleidet gingen und Theater und Konzerte besuchen könnten, so könne es so schlimm um das Volk doch gar nicht stehen. Wenn Martin eingegriffen habe, sei immer etwas Katastrophales für unser Volk herausgekommen. Die Amerikaner verhielten sich ganz anders. Der Lebensmittell-Kommissar Hoover habe in einer Unterkommission gesagt: „Sie können sich ganz beruhigen, Sie werden Ihre Flotte wieder bekommen.“ Das sei allerdings keine offizielle Aeußerung, die verbrieft sei, aber es gäbe doch Zeugnis für die Stimmung.

In der Frage Ludendorff höre ich privat, daß dabei innerhalb des Kabinetts keine Meinungsverschiedenheiten seien. Es handele sich nicht darum, Persönlichkeiten zu treffen, sondern die Exponenten der monarchistischen und militaristischen Kräfte auszuheben zu machen. Es bedeute nach außen hin gerade im jetzigen Zeitpunkt eine außerordentliche Gefahr, wenn das Ausland höre, daß Ludendorff wieder oben auf sei. Die Regierung besitze ein schwerwichtiges Material gegen Ludendorff. Ludendorff sei der Angreifer. Bezüglich der Kritiken der National-Versammlungsarbeit wird von Pressekreisen schärfstens der sogenannte Einheitsbericht bemängelt, der außerordentlich schlecht sei. Die Schriftleitungen im Reich und die Leser müssen einen ganz falschen Begriff von der in Weimar zu leistenden Arbeit bekommen. Auch die Regierungsvertreter sind der Ansicht, daß nur durch besondere ergänzende persönliche Mitarbeit eigener Vertreter in Weimar durch politische und Stimmungsbarstellungen dem Lande ein richtiges Bild über die Weimarer Tätigkeit gegeben werden kann. (Wie Sie wissen, habe ich meine Weimarer Mitarbeit von allen Anfang an einzig und allein auf dieses Ziel eingestellt.) Darüber besteht im Kabinett und bei den Parteien keine Meinungsverschiedenheit, daß gegenwärtig kein Raum und keine Zeit für besondere Parteipolitik ist. Die politische Notwendigkeit weist uns zurzeit nur das eine Ziel: „Wie verhindern wir den völligen Ruin unseres Vaterlandes.“ Parteipolitische Fragen stehen jetzt nicht zur Entscheidung. Es ist geradezu als sicher anzusehen, daß die jetzige Parteikonstellation vielleicht schon in kürzester Zeit wieder zerfallen wird, aber vorerst gilt es, den Frieden unter Dach und Fach zu bringen. Diese an sich schon schwere Arbeit sollte, so ist die Meinung der Reichsleitung, nicht erschwert werden. Das gemeinsame Ziel sei: „Rettung des Vaterlandes.“ Wenn wir eine neue Katastrophe abwenden wollten, und wenn uns das gelinge, dann hätten wir damit eine geschichtliche Tat vollbracht, die unsere Nachkommen uns danken werden. Mögliche das aber nicht, dann müßten wir aber trotzdem der neuen Katastrophe zutreiben mit neuen furchtbaren Opfern und Zerstörungen.

Die vorstehenden Geständnisse der Ebert-Regierung und ihrer Bourgeoisie haben sozusagen experimentellen Wert.

Sie bestätigen in exakter Weise von innen her, was aus der objektiven Analyse hervorging: den vollen innerlichen Bankrott der Regierung und ihrer Bourgeoisie.

Sie bestätigen: daß die Regierung bei jedem Bedenken, bei jedem Glaubens an sich selber ist, daß sie innerlich fertig, zermorcht ist, ein Kadaver, der weiß, daß er Kadaver ist.

Sie bestätigen weiter: daß die Bourgeoisie, wie jeden Gläubigen an die Regierung, so auch jeden Gläubigen an sich selber verloren hat. Auch sie ist innerlich fertig.

Es ist nicht nur das Gefühl der Unwiderstehlichkeit der proletarischen Revolution, das aus dem Eingeständnis der Bourgeoisie spricht, sondern ebenso sehr das niederschmetternde Bewußtsein der eigenen Unfähigkeit, aus dem Zusammenbruch der Nation den Ausweg zu finden, irgendeine der gigantischen Aufgabe zu lösen, die die Zeit stellt.

Kadaver die Regierung, Kadaver die Bourgeoisie. Mögen sie noch so wild mit ihren weißen Garben juchzen und mit ihren Spizein spöhen. Eine Regierung und eine Klasse, die sich selbst ihre Ohnmacht gestehen müssen, das politische und wirtschaftliche Chaos zu meistern, das sie geschaffen, sind nur noch Leichname, nicht nur reiß zum Untergang, sondern mitten in der Zerwesung begriffen. Die alte Sozialdemokratie verweist, die alte Bourgeoisiegesellschaft verweist. Das ist's, warum in diesen Tagen die Luft so verpestet ist wie nicht einmal in den letzten Tagen des wilhelminischen Regiments. Deshalb die Benennung und der Titel selbst der Elemente der bürgerlichen Intelligenz, die noch nicht selbst von der Verwesung angegriffen sind. Und deshalb die wilde Entschlossenheit des revolutionären Proletariats, die Luft zu reinigen von der moralischen und politischen Pest, die den Namen Ebert-Scheidemann-Roske trägt.

Letzte Nachrichten.

Vom ungarischen Kriegsschauplatz.

Budapest, 24. April. (Eig. Bericht.) Heute findet die erste Truppenparade der Arbeiterbataillone Budapests statt. Aus den Fabriken wurden acht Regimenter gebildet. Arbeiterregimenter versammelten sich an verschiedenen Stellen der Hauptstadt und zogen durch die Hauptstraßen zur Andrássystraße, wo der revolutionäre regierende Rat die Truppen inspizierte. Auf den Straßen demonstrierte das Proletariat der Hauptstadt für die Proletariatdiktatur und die Arbeiterarmee. Bewaffnete Krieger der Fabriken nahmen in dichten Massen und in disziplinierter Ordnung auf der Andrássystraße Aufstellung.

Budapest, 24. April. (Eig. Bericht.) Rumänen standen in der Linie Kueres-Sarkad entlang der Sebes-Roeroes-Romadi, ferner Debrecen Mateszalka. Von Debrecen aus zöge nur rumänische Kavallerie vor; eine besonders tapfere Haltung bewiesen die der Räteregierung treuen Eskadren, die nach mehrtägigen hitzigen Gefechten noch immer vor Mateszalka kämpften und die in unmittelbarer Fühlung mit Rumänen sind. Die in der Nähe der

Mündung einige Kilometer weit vorgedrängten tschechischen Truppen haben wir zurückgeschlagen. Im übrigen sind Tschechen in unmittelbarer Nähe von Ungarn gegen Gemeinde Verdarma vorgedrückt, welchen sie einnahmen. Unter den tschechischen Truppen verbreitet sich der Kommunismus.

Rätselraten.

Berlin, 25. April. (Morgenblattmeldungen.) Die Morgenblätter berichten aus dem Haag: Der Berliner Korrespondent des „Daily Chronicle“ hatte eine Unterredung mit Ministerpräsident Scheidemann. Dieser erklärte, daß die Nationalversammlung ganz bestimmt über den Frieden besagt werden würde. Nur wenn es sich ergeben sollte, daß das Urteil der Nationalversammlung so ausfalle, daß Deutschlands Antwort nur von einer kleinen Majorität getragen sein würde, dann erst müßte das Volk in seiner Gesamtheit durch das Mittel einer Abstimmung befragt werden. Der Berichterstatter erklärt ferner, nach seinen Erkundigungen in deutschen Regierungskreisen sei es wahrscheinlich, daß der Vertrag auch nach Unterhandlungen und Erörterungen nicht unterzeichnet werden wird, da die deutsche Regierung davon überzeugt sei, daß eine vernünftige Unterlage für den Frieden nicht erreicht werden wird.

Bürgerstreik in Bremen.

Bremen, 24. April. (W. S. B.) Besmanns Seleg-Büro meldet: Der Abwehrstreik der Ordnungsparteien dauert an. Die Aufforderung an die streikenden Arbeiter der lebenswichtigen Betriebe, bis heute vormittags 9 Uhr sich zur bedingungslosen Aufnahme der Arbeit zu erklären, ist nur von einem kleinen Teil der Arbeiterschaft befolgt worden, so daß die Gas- und Elektrizitätswerte, die Mühlen- und Hafenbetriebe und die Straßenbahn noch nicht wieder betriebsfähig gemacht werden konnten. Die Stadt ist ruhig. Zwischenfälle sind dank der umfassenden Sicherheitsmaßnahmen nicht zu verzeichnen.

Eichhorn zum dritten Mal verhaftet.

Berlin, 24. April. Die „Vossische Zeitung“ erfährt aus Halberstadt: Der frühere Polizeipräsident von Berlin, Eichhorn, wurde gestern Nachmittag auf dem Bahnhof von Halberstadt durch die Kriminalpolizei verhaftet, als er mit seiner Frau in den Harz fahren wollte. Gegen Abend wurde Eichhorn von einer Volksmenge wieder befreit.

Japaner in Italien.

Genua, 25. April. (W. S. B.) Agenzia Stefani. Ein japanisches Geschwader ist im Hafen von Genua angekommen. Der englische Drednought „Lord Nelson“ war schon vorher hier angekommen und landete die Großfürsten Nikolaus und Peter.

Politische Uebersicht.

Ein Druckfehler.

Aus Rheinland-Westfalen wird uns geschrieben:

Kurz vor dem Winaufmarsch des Freiwilligenkorps Lichtschlag — welches nicht fertig brachte, die Kohlen aus der Erde zu holen, weil die Bergarbeiter streikten, — das aber einen üblen Ruf bei der Bevölkerung hinterlassen hat — erschien in den bürgerlichen Zeitungen, natürlich auch in der reichssozialistischen Arbeiterzeitung folgende Mitteilung:

Die Spartakuslisten. Seitens des Freiwilligenkorps Lichtschlag wird der Presse mitgeteilt: Die kriegsgerichtliche Durcharbeit der vom Freiwilligenkorps Lichtschlag in Essen beschlagnahmten Papiere der spartakistischen Partei hat ergeben, daß sowohl unter den Mitgliedswerbenden als auch unter den angeworbenen Leuten nahezu alle Verbrecherkategorien vertreten sind. Man findet dort zahlreiche Einbrecher, Zuhälter, Betrüger und Sittlichkeitsverbrecher, die zum größten Teil schwere Strafen verbüßt haben. Wir stellen fest, daß Listen von unserer Partei dieser Kapitalistenregierungsgruppe nicht in die Finger gefallen sind. Von den U. S. B. unleres Willens auch nicht, es kommen diese beiden Parteien also nicht in Frage, aber etwas anderes: derartige aufgeföhrt Verbrecherkategorien sind bei dem Korps Lichtschlag zu finden und sind uns auch bekannt. Es kann sich nur um einen Druckfehler handeln und muß heißen statt:

Spartakuslisten — Freikorpslisten;

nur daß noch Mörder hinzugesetzt werden und Arbeitshcheue.

Bernstein als Retter.

Das Wolffsche Telegraphenbureau versendet folgende Erklärung:

Berlin, 24. April. Wie die Abendblätter berichten, erklärte Eduard Bernstein in einem Vortrag über „Rätselsystem und Gewerkschaften“ in der heutigen Sitzung des Kongresses der Eisenbahnarbeiter, daß das Rätselsystem sei ein Rückfall in die ersten Formen der Arbeiterbewegung. Er sagte: Es gehört ein Wunderglaube dazu, zu glauben, daß es die Gewerkschaften erlösen könne. In Rußland ist die Spannung zwischen dem Rennerwert des Lohnes und dessen Kaufkraft so groß wie nirgends. Heute hat der russische Rubel in Rußland nur einen Wert von fünf Kopeken. Diese Entwertung des Geldes wird sich überall zeigen, wo man die Lohnbewegung als Schraube ohne Ende aufzieht. Die unbedingte Herrschaft der Arbeiter in der Fabrik wäre selbst in normalen Zeiten widersinnig. Die Arbeiter zu besitzen der Fabrik zu machen, wäre kein Sozialismus, sondern ein kleinbürgerlich-anarchistischer Gedanke. Seine Wirkung wäre der Rückgang der Produktion und die Hemmung aller Aufschwünge. Geht die Produktion zurück, so müßte der höchste Lohn nichts. In Rußland kommt ein neuer Militarismus und ein neuer Kapitalismus. An allem hat das verunglückte Rätselsystem Schuld. Es hat gezeigt, daß es leicht ist, zu zertrümmern, aber sehr schwer, aufzubauen.

Es ist ein ausgereicherter Witz, daß just der Kleinbürger Eduard Bernstein dazu gesehen ist, gegen „kleinbürgerlichen Anarchismus“ zu wetzen.

In einem Augenblick, wo unter dem glorreichen Regiment Scheidemann-Dernburgs die deutsche Waiuta auf etwa 36 steht, wo ein Posten 60 000 Spandauer Arbeiter auf die Straße wirft, weil die Staatsbetriebe der Firma Borzig keine Konkurrenz machen sollen, in einem Augenblick, wo die deutschen Auslandsarbeiter nicht einmal ausreichen, um die deutschen auswärtigen Vertretungen zu besorgen; in einem solchen Augenblick müßten die deutschen Arbeiter Eduard Bernstein unter Gelächter ersähen, wenn das Chaos, dem dieses Regiment die Waiuta zugeführt, das Dachen erlauben würde.

Generalschnüffelei.

Der bekannte Wind trieb uns den folgenden Erlaß zu:
Generalkommando IX. U.-R.
Wt. I. c. B. Nr. 1172/3.

Schwerin, 26 März 1919.

Alle in Geheimschrift abgefaßten oder sonst verdächtigen, insbesondere alle auf quadratiertem Papier geschriebenen Schriftstücke, die in die Hände der Garzonkommandos und sonstigen Kommando- oder Garzon- und von denen angenommen werden kann, daß sie spartakistische Angelegenheiten betreffen, sind dem Generalkommando einzureichen.

Soldatenrat IX. U.-R. gez. Stamer.
Von Seiten des Generalkommandos
D. Ch. des Generalkommandos
Gumser, Major.

Noch nicht sehr lange ist's her, da markierten die Scheidemannleute noch den Grundsatz der Toleranz und der politischen Meinungsfreiheit, nun, da sie als Nachwächter des Kapitals bestrebt sind, knebeln sie nicht nur die Presse, sie lassen sogar Briefe usw. beschnüffeln.

Ungarn.

21. Wien, 25. April. Nach einer Meldung des „Neuen Tag“ hat der Vornarsch der tschechischen Truppen gegen Ungarn begonnen. Es soll eine Armee 180 000 Mann aufgestellt worden sein.

Die bürgerliche Presse weiß schon wieder einmal den bevorstehenden Zusammenbruch der ungarischen Räterepublik zu melden. Sie sieht in diesem Augenblick in einem schweren Kampf. Aber sie kämpft mit dem Aufgebot aller Kräfte, mit den Waffen des Krieges und mit denen der Propaganda. In hellen Scharen, voll Kühner Entschlossenheit, kämpfen die ungarischen Proletarier unter der roten Fahnen. Sie wissen, um was sie kämpfen. Die runde, schon und die tschechischen Proletarier, die das Entente-Kapital gegen sie ausschickt, sie wissen es nicht. Und darum ist Räte-Ungarn noch nicht besetzt.

Aus der Internationale.

Das Programm der französischen sozialistischen Partei.

Das von der Kommission zur Verbreitung des außerordentlichen Parteitagess vom 20., 21. und 22. April verarbeitete Programm beginnt mit einer Einleitung, in der die Voraussetzungen des Krieges durch den Sozialismus gekennzeichnet wird und fährt dann fort:

„Der Krieg hat bewiesen, daß der Klassengegensatz wohl das Grundgesetz der gegenwärtigen Herrschaft sei, indem er, während er neue Reiche und neue Armen schuf, gleichzeitig die Reichthümer wie das Elend vermehrt, den Kapitalismus wie das internationale Proletariat zergliedert hat.

Der Krieg hat bewiesen, daß der Sozialismus allein endgültig jeden Krieg verhindern kann, da die bloße Möglichkeit einer neuen Katastrophe nur dann aus der Welt gerät, wenn im Maße, wie der internationale Sozialismus dieselbe Eintracht unter den Nationen wie unter den Menschen hergestellst und aus der ganzen Menschheit eine einzige soziale Gemeinschaft hergestellt haben wird, die die Erde als ihr gemeinsames Erbe ausnützt.

Fester noch als je, mit einer durch die schrecklichen Begebenheiten des Krieges noch verstärkten Überzeugung erklärt daher die sozialistische Partei, daß das Endziel ihrer Wirksamkeit die soziale Revolution ist.

Die soziale Revolution bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Errichtung des kollektivistischen Systems, der Produktion, der Zirkulation und des Konsums, an Stelle des gegenwärtigen Wirtschaftssystems, das gegründet ist auf dem kapitalistischen Privateigentum, das einer abgekauften Periode der Geschichte entspricht.

Die Zukunft allein kann zeigen, wie diese Umformung sich vollziehen muß, die an sich die Revolution ausmacht: durch Übertragung der gesellschaftlichen Gewalt, unter dem Druck des allgemeinen Wahlrechts oder durch eine gewalttätige Bewegung des organisierten Proletariats.

Die sozialistische Partei verwehrt nicht Revolution und Gewalt. Sie weiß wohl, daß die Tatsachen revolutionäre Bedeutung haben nach ihrem Inhalt und nicht nach ihrer Form. Da sie die Partei der menschlichen Bräutlichkeit ist, die die Wirksamkeit auf das allgemeine Glück und Wohlfahrt richtet, so wünscht sie glühend, daß ihr Sieg in Ruhe und in methodischer Organisation sich vollziehe. Aber das Proletariat kann zur Eroberung der politischen Macht auf kein Mittel verzichten und die Form seiner Revolution ist letzten Endes von den Umständen abhängig, insbesondere von der Art des Widerstandes, der seinem Befreiungskampf entgegengesetzt wird.

Die Partei weiß ferner, daß die soziale Revolution Aussicht auf sicheren Erfolg nur dann hat, wenn sie in ihrer geschichtlichen Stunde sich vollzieht, daß heißt in dem Zeitpunkt, wo sie in den Köpfen wie in den Dingen reif ist.

Die Verwirklichung der neuen Ordnung, die das organisierte Proletariat will, wird notwendig von der Entwicklungslinie der proletarischen Einrichtungen abhängen, die die organisierte Kerne der sozialistischen Herrschaft sind. Sie hat immer die Arbeiter von vorzeitigen Bewegungen und unüberlegten Manifestationen zurückgehalten. Aber so wenig sie Herr der Form ist, so wenig ist sie Herr des Zeitpunktes. Die sozialistische Partei darf vor keiner Gelegenheit zurückweichen, die ihr die Gefahr der Bourgeoisie von selbst bietet.

Andererseits ist die soziale Revolution die Hoffnung des leidenden Volkes. Diejenigen, in die das Proletariat sein Vertrauen gesetzt hat, dürfen diese Hoffnung nicht zuschanden werden lassen.

In welcher Gestalt auch die Revolution vor sich geht, so wird der Nachkriegsperiode des Proletariats wahrscheinlich eine Periode der Diktatur folgen.

Die Geschichte zeigt klar den Sinn dieser Formel, aus der die reaktionären Volemisen einen unerschämten Mißbrauch machen. Sie liefert den entscheidenden Beweis, daß eine neue politische oder soziale Herrschaft niemals zur Begründung der neuen Ordnung sich auf die gesellschaftlichen Einrichtungen der Herrschaft, die sie verdrängt, stützen kann. Die Revolutionen des 19. Jahrhunderts sind geblüht oder geblüht, je nachdem sie diesen Grundsatz beachtet oder verkannt haben. Der Übergang zwischen der abgeschafften und der neu zu errichtenden Ordnung macht die Diktatur des Proletariats aus.

Die neue Ordnung, die das Proletariat erstrebt, wird durch eine Klasse errichtet werden, aber im Interesse und für das Wohl aller Menschen. Ebenso wird die neue Gesellschaft, die sie anbahnt und vorbereitet, die unpolitische Diktatur des Proletariats, im Namen und im Interesse der ganzen Menschheit ausgeübt werden.

Die Dauer dieser Uebergangszeit muß so lang sein, wie es die Umstände erlauben. Sie wird indessen verschieden sein, je nach dem Stand der Produktion, nach dem Grad der Vorbereitung und der Organisation des Proletariats, nach der Natur und dem Grad des Widerstandes.

Die diktatorische Gewalt muß während dieser Zeit durch das politisch und wirtschaftlich organisierte Proletariat ausgeübt werden.

Die Erfahrungen Rußlands und Deutschlands, und die Schwierigkeiten, die sie überwinden müssen, zeigen deutlich, welches die günstigsten Bedingungen für den Erfolg der Revolution sind: geschlossene Einheit der internationalen sozialistischen Partei; geschlossene Einheit der politischen und der wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats; materieller Reichtum, vor allem an Rohstoffen und Lebensmitteln, Maschinen und Transportmitteln; Entwicklung der dem Proletariat gehörigen Einrichtungen; Vorhandensein von Einrichtungen und Ueberlieferungen demokratischen Charakters in den Nationen.

Die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung der Arbeiterklasse, der Gewerkschaften und der Genossenschaften soll sich in voller Freiheit, besser noch mit Hilfe der Macht der demokratischen organisierten Nation vollziehen können.

Die sozialistische Partei verlangt daher als neue Verfahren und Werkzeuge der politischen Arbeit, die der neuen Lage angepaßt sind:

Die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung, die den Auftrag hat, die Verfassung zu revidieren, die nur noch einem veralteten Zustand der Gesellschaft entspricht, und die neuen Einrichtungen zu treffen, die für die wirtschaftliche und politische Tätigkeit des Landes nötig sind.

Sie werden zur Grundlage haben:

Das allgemeine Stimmrecht beider Geschlechter. — Die direkte Volksabstimmung. — Das Recht der Volksinitiative. — Das vollständige Proportionalwahlrecht nach großen Bezirken. — Eine einzige gesetzgebende Versammlung. — Die Dezentralisation der Verwaltung die Unvereinbarkeit des Abgeordnetenmandats mit gewählten Berufen und Ämtern, insbesondere denen in der Verwaltung, der Advokatur, oder des Unternehmers, der an den Staat liefert, wobei die materielle Unabhängigkeit der Gewählten durch eine Entschädigung gesichert wird, die mit ihren Aufgaben und den Kosten des Lebensunterhaltes in Einklang steht. — Die Schaffung von Wirtschaftskammern, die die nationale und regionale Produktion zu studieren und zu organisieren haben. — Die Anpassung der Regierungsfunktionen an die sozialen Notwendigkeiten der Produktion und der Verteilung der Reichtümer. — Die Reorganisation nach industriellen Vorbild und unter direkter Mitarbeit der Verbände, aller öffentlichen Dienste und der großen Monopole, die gegenwärtig zum Nutzen der Nation errichtet werden können, mit Festlegung von Gehältern und Löhnen, die der Tätigkeit und den Bedürfnissen entsprechen.

Soweit das Programm.

Es trägt deutlich den Stempel des Parteizentrums, das alle Gegensätze innerhalb der Partei in der allgemeinen Phrase zu vermitteln und zu verwickeln sucht. Die allgemeinen Erwägungen, die dem konkreten Programm vorangehen, lassen in der Tat Spielraum für alle Parteirichtungen; die konkreten Forderungen des Programms indessen bewegen sich noch durchaus auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie.

Die Offensive der Rumänen.

Budapest, 22. April. (Privattelegramm.) Der tschechische Angriff der rumänischen Bojarenarmee hat keine Wirkung nicht verfehlt. Ungarn, erlebt wieder die Aufregungen einer Mobilisierung, allerdings einer freiwilligen. In Budapest wie in der Provinz eilen die organisierten Arbeiter in hellen Scharen unter die rote Fahne, lange Züge solcher Angeworbener durchstreifen unter den Klängen der Internationale die Straßen, von der Bevölkerung lebhaft bewillkومت, während in der Hauptstadt fabrikmäßig Arbeiterregimenter ausgebildet werden, deren acht morgen vor der großen revolutionären Räteregierung defilieren sollen. Es haben in allen großen Provinzstädten an den Osterfeiertagen Massenversammlungen stattgefunden, deren Verlauf den Beweis erbracht, daß die Arbeiterklasse der Provinz in Bezug auf revolutionären Geist und auch Opferbereitschaft um nichts hinter dem

hauptstädtischen Proletariat zurückbleibt. In Risikofeld führte Genosse Garbai, Präsident der Räteregierung, vor einem etwa 2000 Köpfe starken Auditorium aus, daß wir gegen die Gegenrevolution nicht bloß mit Waffengewalt, sondern auch mit Flugchriften und anderen Agitationsmitteln kämpfen werden. Der Volksbeauftragte Samuelj sprach in Gyor, nachdem er erst eine an die Front gehende Marschkompagnie verabschiedet hatte, vor einer nach vielen Tausenden zählender Menge, die einen Ausführungen begeistert zustimmte, in Kasananka hatten sich die Volksbeauftragten Rakoff und Hamburger, in Pecs eschabe er Volksbeauftragte Agoston eingefunden, um vor zehntausenden Mengen die Lage zu erklären und das Proletariat zum Kampfe gegen die internationale Gegenrevolution aufzufordern. Um es darum ist die Erde überall in Bewegung geraten, führte Volksbeauftragter Agoston aus, die hintergelassenen, betrogenen Millionen werden die Volksbeauftragten Bago Sothm Bogany und Landler einer Inspektion der dortigen roten Garberuppen bei und hielten aus diesem Anlaß mit Begeisterung ausgenommene Ansprachen. In Sopron hatte sich eine etwa 10 000 Köpfe starke Menge eingefunden, um das Komitee der Volksbeauftragten Konai und Kalmat anzusprechen. Großen Beifall fand auch die Rede des Genossen Thomann, der den Bruderschwur des revolutionären Proletariats Deutschlands verabschiedete. Sehr zahlreich besuchte Versammlungen fanden unter anderem noch in Szolnok, Ujzod, Szekesfehervar, Gyula, Risikofeld, Balassagarmat, statt. Nach allen Versammlungen strömten die Arbeiter massenhaft den Verbänden zu.

Swerdlow

Erst mit großer Verspätung erhielten wir aus Rußland die Bestätigung, daß er auch früher bereits zugegangenen Nachricht, von dem bereits am 17. März erfolgten jähen Ableben des Genossen Jakob Swerdlow, des Vorsitzenden des Zentralvollkommensausschusses der Arbeiter- und Bauern-Räte Rußlands.

Geboren 1885 in Nijni Nowgorod, in einer ärmeren Handwerkerfamilie, hat er sich noch als Jüngling der revolutionären Bewegung angeschlossen. Schon 1902 war er ein tätiges Mitglied der Arbeiter-Jugend in den berühmten Sormowo-Werken und seitdem entwickelte er eine ununterbrochene zähe und andauernde Tätigkeit, die ihn bald in die Reihe der leitenden Genossen der bolschewistischen Bewegung brachte. 1907 wegen Zugehörigkeit zum Parteikomitee der Bolschewisten in Perm zu zwei Jahren Festung verurteilt, wurde er bereits 1909 in Moskau abermals festgenommen und in die Gefängnisse des Narynggebietes verbannt. Die folgenden 7 Jahre wurde hierauf ein fortwährendes Spiel zwischen der Zarenregierung und dem Genossen Swerdlow, wobei man nicht recht wußte, wer die Raube und wer die Maus war. Alle paar Monate, resp. alle halben Jahre, gelang es dem Genossen Swerdlow, seinen bürgerlichen Hältern zu entweichen und jedesmal nach wenigen Monaten oder Wochen einer sichereren Tätigkeit wurde er von den Zarenherren wieder erwischt, um abermals in die Verbannung zu wandern.

Als Mitglied des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei spielte der Genosse Swerdlow zusammen mit Trotski und anderen eine hervorragende Rolle beim Sturz der Kerenski-Regierung, um dann auf dem Posten des Vorsitzenden des Zentral-Vollkommensausschusses der Arbeiter- und Bauern-Räte Rußlands seine für Organisationen und praktische Dinge ganz hervorragenden Fähigkeiten voll zu entfalten.

Auch für die deutsche Revolution hatte der Genosse Swerdlow das größte Interesse. Er sah in ihr einen weiteren Schritt entgegen der Weltrevolution.

In den Eiskeldern Sibiriens wurde durch die wahnwitzigen Leiden und Entbehrungen der Reim zu der Krankheit gelegt, die ihn denn auch endlich schalt, obgleich seine unerschöpfliche Energie vermocht hatte, noch jahrelang den totkranken Körper aufrecht zu erhalten. Die Leichenseier wurde am Jahrestage der Pariser Kommune — am 18. März — begangen, am selben Tage, an dem der 8. Parteitag der russischen kommunistischen Partei in Moskau zusammentrat.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Der Berliner Angestelltenrat

Ist sowohl in der Metallindustrie wie auch im Bankgewerbe zu Ende, nachdem die Streikenden den Abmachungen der Obleute und Streikleitenden zugestimmt haben.

Die Unternehmer befürchten aber, daß die jetzt eingeleitete Ruhe nicht lange dauern wird.

Noske für den heiligen Profit.

Die „sozialistische“ Regierung hat sich bisher nicht beeilt, die Spandauer Staatsbetriebe auf Friedenswirtschaft umzustellen. Während des Krieges waren dort 130 000 Arbeiter beschäftigt; jetzt sind es noch 42 000 (darunter 5000 Anarbeitende).

Noske hat nun den Angestelltenrat zum Anlaß genommen, diese Betriebe überhaupt zu schließen. Die Spandauer Staatsbetriebe sollen den Kapitalisten Borzig usw. keine Konkurrenz machen. Darum werden sie nicht auf Friedenswirtschaft umgestellt.

Streikbrecherminister Noske.

Der Vorstand des Velleidungsamts des 3. Armeekorps in Spandau hat im Betriebe folgende Bekanntmachung des preussischen Kriegsministers angehängt:

„Auf Anordnung des Reichswehrministers sind die zur Zeit beim Velleidungsamt Spandau freitenden Arbeiter nicht mehr einzustellen.“

„Betrieb kann mit dem während des Streiks arbeitenden Personal weitergeführt werden.“

Der Arbeiter Noske will also grundsätzlich nur Streikbrecher beschäftigen! Wahrlich, die Stumm, Kirchow und wie die Spargmacher alle diesen, waren wozu im die vorsein Willenshaben.

Die Berliner Gewerkschaftsversammlungen

der letzten Wochen haben vielfach mit der Politik der Generalkommission abgerechnet.

Die Glaser protestieren gegen das Fortbestehen des Belagerungszustandes und fordern die Freilassung der politischen Gefangenen.

Die Buchdrucker nahmen eine Resolution an, die die Auflösung der Freiwilligenkorps und die Wiederzulassung der „Roten Fahne“, sowie Ausschluß derjenigen Verbandsmitglieder fordert, die den Freiwilligenkorps angehören.

Die Handlungsgesellen sprachen sich für des Räteführer aus, sie wählten die Bürgerbewegungspartei der Gewerkschaften während des Krieges und deren Arbeitsgewerkschaften mit den Anhängern ab.

Die Maschinisten u. Heizer kritisierten die Vorstandskongresse der Gewerkschaften, weil sich diese für die Beibehaltung des Belagerungszustandes ausgesprochen hat. Für den Verbandstag will man nur Unabhängige oder Kommunisten als Delegierte wählen.

Die Arbeitslosen in Groß-Berlin.

Infolge der zwanagsweiten Abwicklung der Arbeitslosen ist in Groß-Berlin die Zahl der Unterkräftigen von 252 565 am 4. April auf 248 088 am 11. April zurückgegangen. Davon entfallen auf:

	Am 4. April	Am 11. April
Berlin	177 096	175 627
Charlottenburg	9 630	9 584
Neukölln	26 076	24 791
Schöneberg	4 825	4 575
Lichtenberg	9 685	9 111
Wilmersdorf	3 573	3 459
Steglitz	2 708	2 483
Pankow	2 855	2 641
Lichterfelde	211	196
Wettersow	4 402	4 154
Grödenau	812	721
Reinickendorf	2 372	2 295
Treptow	1 562	1 520
Tempelhof	715	705
Oberschöneweide	80	810
Friedrichshagen	1 285	1 186
Marienthal	574	525
Segal	432	433
Niederschönhausen mit Schönholz	1 340	1 381
Trig	760	676
Landsitz	145	131
Wittenau	387	396
Schmarandorf	145	114
Niederschöneweide	569	543

Aus Groß-Berlin.

Protest Kriegsbeschädigter gegen Hezereien.

Nachstehende Resolution wurde einstimmig in der Generalversammlung des internationalen Bundes, Ortsgruppe Neukölln, am 11. April angenommen:

„Die am 11. April 1919 tagende Generalversammlung des internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Neukölln, erhebt scharfen Protest gegen die Tozombete, die von einzelnen Hezblättern, an der Spitze der „Vorwärts“, gegen die Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen getrieben wird. Sie haben erkannt, wo ihre falschen Volkstrennungen liegen, die die Vermisten der Armen den Soldatenbrüdern des „Arbeiter“ Noske vor die Kanonen und Maschinengewehre wünscheln. Die Hezerei erkennt somit selbst an, daß die Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen berechnete Forderungen haben, um auch ihre elende Lebenslage zu verbessern, und daß sie ihr Recht vom Staat fordern, was der Staat den Krüppeln, Witwen und Waisen schuldig ist.“

Der Erlaß Noskes ruft den scharfsten Protest unter den Lebenden und Toten heraus. Die Mitglieder vom internationalen Bund sprechen dem Reichswehrminister Noske jegliches Vertrauen ab, denn nur durch seine Spitzel konnte Noske derartigen Erlaß unterzeichnen, und auf die Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen eventuell in Anwendung bringen lassen. Den Monarchisten mit dem „Heil dir im Siegerkranz“, Deutschland über alles“, Ludendorff und Kaiserhof wurde nicht nur freie Passage gewährt, sondern diese Demonstration wurde trotz Verhinderung durch die Regierung unterstützt.

„Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß!“
Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Neukölln.

Noskes Opfer.

Die Berliner „Freiheit“ schreibt:

Bei den Märzunruhen wurde auf Befehl Noskes eine Anzahl Personen verhaftet, die führende Stellungen in der kommunistischen Bewegung bekleideten. Zu ihnen gehörte auch Frau Anna Goldig, die auf dem Bureau der kommunistischen Partei als Sekretärin beschäftigt war. Ihre Adresse ist den Häschern bei der Besetzung des Sekretariats in die Hände gefallen. Frau Goldig wurde morgens um 3 Uhr aus dem Bett geholt, in ein mit Maschinengewehren bestücktes Auto gepackt und nach Moabit transportiert. Dort ist sie jetzt Wochen in Schutzhaft. Ein

strafbares Vergehen läßt sich ihr nicht nachweisen. Gestern vor-mittag wurde Frau Goldig dem Reichsmilitärgericht vorgeführt. Die fränke und schwächliche Frau war wäh-rend des Transportes, der auf der Elektrischen erfolgte, wie eine Schwerverbrecherin gefesselt.

Sächsisches.

Die Arbeitslosen gegen die Reichsregierung.

Drei große Versammlungen der Arbeitslosen demonstrierten am Donnerstag vormittag gegen die Maßnahmen der Reichs-regierung in bezug auf die Erwerbslosensagen. Die Redner weisen die Verfüzung der Unterstützungsätze, obwohl für einen Abbau der Lebensmittelpreise nichts geschehen sei. Gegen die Forderungen der organisierten Erwerbslosen habe sich die Regierung ablehnend verhalten und eine Anerkennung der Erwerbslosensagen verweigert. Deshalb fänden im ganzen Reich die Arbeiter an gleichen Tage Demonstrationen statt. Die Arbeitslosen fordern geeignete Maßnahmen für die als Folge des Krieges arbeitslos Gewordenen und die Gleichstellung der Unterstützungsätze für männliche und weibliche Arbeitslose. Eine Resolution, in der die Forderungen niedergelegt sind, fand ein-stimmige Annahme.

Die Versammelten zogen dann durch die Stadt und vor das Rathaus. Eine Kommission unterbreitete dem Rat die oben beschlossenen Forderungen, die an die Reichsregierung weiter-zugehen werden sollen.

Der größte Teil der Demonstranten zog darauf in die Wächterstraße, um anderen Genossen Stein abzuholen, der wegen angeblicher Uebertretung des Einwohnerregulativs und Führung eines falschen Namens seit zehn Tagen verhaftet war. Er erschien bald und hielt eine kurze Ansprache. Genosse Stein wird im Laufe des heutigen Tages freigelassen, um sich den Militärbehörden in Danzig zu stellen. Die gesamte Demonstration verlief durchaus ruhig. Besondere Zwischenfälle sind nicht zu verzeichnen.

Strassenbahnstreik und Tarifserhöhung. Wir teilten schon mit, daß die Direktion der Strassenbahn versuche, die Forde-rungen der Streikenden durch Fahrpreiserhöhung wegzumachen, oder vielmehr schon von vornherein in der Folge zu haben. Schlichtungsausschuß und Stadtrat werden dazu benutzt, den Ak-tionären ihren Profit zu sichern. Der Rat hat beschlossen, den Umkehrverkehr aufzuheben. Damit würde eine Verdopp-elung des jetzigen Fahrpreises erreicht, denn bei dem jetzigen Schienenpreis sind einzelne Fahrten sehr selten. Diesen Plan haben die Stadtverordneten unbedingt zu durchkreuzen. Außer-dem hat sich die Direktion der Strassenbahn noch an die sächsische Regierung gewendet, die auch sofort die Genehmigung für einen Aufschlag von 5 Pfennigen für Umsteigefahrten tele-graphisch erteilt hat.

Aber trotz der Fahrpreiserhöhung denkt die Direktion der Strassenbahn nicht daran, die Forderungen der Angestellten zu be-willigen. Nach ihrem Vorschlag sollen die Strassenbahner nur nach der neuen Gehaltsstaffel der städtischen Angestellten bezahlt werden. Deshalb ist zu erwarten, daß die Streikenden in ihrer Versammlung am heutigen Vormittag diese Vorschläge ablehnen und im Streik verharren.

Wurde hier nicht endlich der Große Arbeiterrat ein Wort mitzusprechen haben?

Der Hauptauschuß des Großen Arbeiterrats besteht aus fol-genden Unabhängigen: Seidel, Bruchardt, Friede-mann, Wolf, Brauer, Jäger, Seidler, Schröder, Wilberg, Kunat, Birl, Karl Jäger, Blach, Leich-ard, Ranke, Frau Ehiel, Scharig, Mehlhose, Rahow, Lauffel, Arno Bruchardt, Nachtern, Franke, Scheffel. Und aus den Vertretern der Sicher-heitskompanien Riersch, Kramer, Schröder, Dora-berger und Geißler.

Die Verschmelzung mit den Kommunisten erstrebt die Ge-neralversammlung des Ortsvereins U.S.P. in L.-Rein-schöcher. Nach dem Bericht in der „F.“ wurde beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die eine Verschmelzung der Un-abhängigen mit den Kommunisten vorbereitet und ihre Tätigkeit be-schleunigt.

Amliche Messier. In den Blättern wird mitgeteilt, daß am Vormittag des 1. Mai in jeder mit einer Aula ausgestatteten Volksschule ein Schulkaktus stattfinden soll, dessen Besuch jedem Schüler der zwei obersten Klassen offensteht. Die Redner sollen über die Bedeutung des 1. Mai als National-feiertag und als Kundgebung für die Völkerverbrüderung sprechen. Auf dem Augustusplatz sollen sechs Rednertribünen errichtet wer-den, die den Parteien zur Verfügung stehen. Im Zoologischen Garten und im Palmengarten sind festliche Veranstaltungen bei einem Eintrittsgelde von 10 Pfennig geplant.

Mit solcher Messier wird dem Kapitalismus das Lebens-licht ausgeblasen werden.

Kartoffelverfözung. Für die Woche vom 29. April bis 5. Mai kommen auf Kartoffelmärkten 244, für Militärurlauben und Besuchsfremde fünf Pfund Kartoffeln zur Ausgabe. An-meldung beim Händler bis Sonnabend.

Speck und Schweinefleisch wird schon wieder — versprochen. Die Blätter melden: Der Stadt Leipzig ist ein Posten amerika-nischer Speck und amerikanisches Schweinefleisch zugewiesen worden, der in nächster Zeit hier eintreffen wird. Zur Ver-teilung kommen zunächst für Erwachsene 125 Gramm, für Kinder unter 6 Jahren 65 Gramm. Der Kleinstverkauf-spreis beträgt 6,10 Mk für das Pfund. Die Ausgabe kann voraussichtlich im Laufe der nächsten 14 Tage er-folgen.

Speck und Schweinefleisch anmelden! Zur Anmeldung von amerikanischem Speck oder Schweinefleisch sind bis spätestens Sonn-abend, den 26. April, beim Fleischer die Karten 18 C und R der Allgemeinen Lebensmittelkarte Reihe F sowie die Karten S 1 C, S 2 C, S 3 C der Lebensmittelkarten S 1, S 2 und S 3 abzu-geben.

Reine Lebensmittelauslagen in Schaufenstern. Das Wirt-schaftsministerium erläßt eine Bekanntmachung, wonach das öffentliche Ausstellen folgender Nahrungs- und Genussmittel, soweit dafür keine Höchst-Richtpreise bestehen, ab 1. Mai verboten ist: Wein, Spirituosen und ihre Uttrappen, Fleisch, Wurst und Fleischwaren und ihre Konserven, Wild und Geflügel und ihre Konserven, Fischkonserven, Getrocknete Sibirische, Obstkonserven und Marmelade, Konditorwaren, Feingebäck, Reis und Pfeifertuchen, Honig, Zucker- und Schokoladenwaren, Käse und Molkereierzeugnisse.

Die Kommunalverbände sind beauf, die Listen durch Auf-nahme anderer Nahrungs- und Genussmittel zu erweitern. Das Verbot erstreckt sich auf die Auslage in Schaufen-stern und offenen Verkaufsstellen aller Art.

Schulansfang. Nach einer Bekanntmachung müssen die Eltern schulpflichtig gewordenen Kinder am Montag früh 10 Uhr der Schule geführt werden, in der sie angemeldet worden sind.

Zugverlehr und Mustermesse. Die Verwaltung der Sächsischen Staatsbahn macht bekannt, daß eine Reihe Sonderzüge innerhalb Sachsens mit Fernananschluß während der Mustermesse mit Leipzig verkehren. Auch die Preussische Bahnverwaltung soll Sonder-züge planen.

Der Bundestag der Uhrmacher findet vom 20. bis 23. April in Leipzig statt.

Der Mörder Pöhlings ist verhaftet worden. Es ist der schon mehrmals bestrafte Schriftföher Ernst Friedrich, der am 4. März in der Vorgauer Straße 9 Hühner und 3 Kaninchen ge-stohlen hatte. Pöhlings und ein anderes Mitglied der Volkswehr hielten ihn an und wollten ihn zur Wache bringen. Auf dem Wege dorthin schoß Friedrich den Pöhlings nieder und entlosh. Der Mörder ist dem Staatsanwalt übergeben worden.

Briefsendungen ins Ausland müssen noch immer offen auf-geleiert werden. Für den Briefverlehr nach dem Ausland sind nur bestimmte fremde Sprachen zugelassen. Alle sörigen Be-schränkungen des Briefverlehrs nach dem nichteffektlichen Ausland aber sind weggefallen. Aufgehoben sind somit u. a. das Verbot der Verwendung gefälschter Briefumschläge, das Verbot der Ver-wendung von Ansichtskarten und die einschränkenden Bestimmungen über den Druckachsendevand nach dem Auslande.

Verantwörtlich für die Redaktion: Georg Schumann, Leipzig.
Druck: Buchdruckerei „Freiheit“, Leipzig.
Verlag: „Die Neue Zeit“, Leipzig.

Kommunistische Partei Deutschlands

(Spartakusbund) Bezirk Leipzig

Die Geschäftsstelle des Bezirkes, die Ex-pedition der „Roten Fahne“ (Tageszeitung für den Bezirk Leipzig) und die Schriften-vertriebsstelle befinden sich jetzt

Reudnitz, Stötteritzer Straße 4
(Laden)

Die Geschäftsstelle ist geöffnet nachmittags von 4 bis 7 Uhr.
Die Bezirksleitung.

Die Rote Fahne

erscheint täglich mittags 2 Uhr und ist in folgenden Vertriebs-stellen zu kaufen und zu abonnieren:

- L.-Reudnitz: Stötteritzer Straße 4, Elnaona Kettnerbörner Str.
- L.-Reudnitz: Stötteritzer, Lutherstraße 1.
- L.-Neuhäusel: Ulitz, Clara, Hildegardstraße 24, I.
- L.-Zöngel: Pianis, Seierbörner, Sitube 1.
- Nannsdorf: Kälner, Paulinenstraße 3.
- Leipzig-Stadt: Samerski, Sidonierstraße 28, S. II.
- „ „ „ Schneider, Braunstraße 22, II, I.
- „ „ „ Reil, Käthe, Nordstraße 57.
- „ „ „ Birl, Alfred, Waldstraße 31, II.
- „ „ „ Plato, Promenadenstr. 27, I.
- „ „ „ Drechsel, Teufelstraße 24, II, 2.
- „ „ „ Engelmann, Färberstraße 8, III, S.
- „ „ „ Restaurant Troost, Windmühlenstraße 14/16.
- L.-Gohlis: Kirchhoff, Reginenstraße 11, II, 1.
- L.-Modau: Schöbel, Wilhelmstraße 13, II, 2.
- L.-Modau: Schulz, Adolfsstraße 3, II, 2.
- Wauhsch: Enders, Städtelner Straße 3, I.
- Anaußereberg: Zmuda, Säumelstraße 31.
- L.-Grödenau: Eberts, Kurt, Krauthainer Straße 57.
- L.-Reinschöcher: Gebhardt, Bahndorferstraße.
- L.-Pflanz: Trostowiz, Fischerstraße 34.
- L.-Lindenau: Rajeshak, Volterstraße 21, III, I.
- L.-Leutzsch: Engelmann, Lindenauer Straße 20.

K.P.D. Bezirk Leipzig

In der **Schriftenvertriebsstelle, L.-Reudnitz, Stötteritzer Str. 4,** sind noch zu haben:

- Fr. Sturm, D. bolschewistische Rußland 0,30 Mk.
- Lenin, Staat und Revolution 3,00
- Trozk, Arbeit, Disziplin und Ordnung 0,75
- Stehlow, Wer sind die Kommunisten 0,50
- Die Verfassung der Sowjet-Republik 0,80
- Die Wahrheit über die Bolschewiki 0,15
- Was will der Spartakusbund 0,20
- Kropotkin, Der Wohlstand für Alle 0,15
- Gorter, Der Imperialismus, der Welt-krieg und die Sozialdemokratie 1,00
- Gorter, Die Weltrevolution 1,00
- Grünberg, Leitfänge d. proletarischen Revolution 0,10
- Stürmer, Die Lage und die nächsten Aufgaben d. deutsch. Proletariats 0,20
- Laufenberg, Karl Liebknecht zum Gedächtnis 0,30
- Hölein, Der Sozialismus, ein unent-rinnbares Schicksal 0,40
- Beerleide, Michel wach auf 0,40
- Eisner, Unterdrückte 2,50
- Eisner, Neue Zeit I 2,00
- Eisner, Neue Zeit II 1,50
- Rühle, Erziehung zum Sozialismus 1,20
- Der Ziegelbrenner, Eine Rede und deren Folgen 0,80
- Was scheidet uns von den Unab-hängigen 0,10
- Sternhelm, Die deutsche Revolution 0,80
- Piemert, Bis zum August 1914 1,00
- Mehring, Kriegsskizzen 1,00
- „Die Aktiven“, Rola Luxemburg und Karl Liebknecht zum Gedächtnis 1,00
- „Die Aktiven“, Mehring“- Nummer 0,80
- Krause, Georke (Ans-Syhabus) 0,30
- Die Gullone, Satyrische Zeitschrift 0,25

Straßenverkäufer

Verkäufer in den Betrieben und Genossen, die die Zeitung in ihrer Wohnung

verkaufen wollen, ersuchen wir, sich schnellstens in der Hauptvertriebsstelle, **L.-Reudnitz, Stötteritzer Str. 4 (Laden),** zu melden.

Die Expedition.

BESTELLSCHEIN

Bitte ausfüllen und an die Expedition der „Roten Fahne“, Leipzig, Stötteritzer Straße 4, zu senden.

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom ab Exemplar der täglich einmal erscheinenden Zeitung

DIE ROTE FAHNE

Zentralorgan der K. P. D. (Spartakusbund)

Name: _____

Ort: _____

Straße: _____ Nr. _____

(Name deutlich schreiben, genau ausfüllen.)